

PRESSEMITTEILUNG



Berlin, 27. August 2026

Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026:

Parteien erkennen Bedeutung sozialer Träger an – verlässliche Finanzierung muss folgen

Der Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e.V. (AGV 4B) und der Verband für Arbeit, Bildung und Integration Berlin/Brandenburg e. V. (V-ABI) haben die Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit Wahlprüfsteinen zu ihren Positionen befragt. Im Fokus standen Fragen zum Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung, zur langfristigen Finanzierung sozialer Angebote sowie zu fairen und tariflichen Arbeitsbedingungen.

Die Antworten zeigen: Die Träger der Beschäftigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Integrationsarbeit werden von allen vier Parteien als wichtige Partner für soziale Teilhabe sowie den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung anerkannt. Daraus muss eine klare politische Zusage folgen: **keine Kürzungen im sozialen Bereich** sowie eine **verlässliche und auskömmliche Finanzierung, die auch tarifliche Entwicklungen berücksichtigt**. Nur so können die Träger ihre Angebote verlässlich aufrechterhalten und ihre Beschäftigten angemessen und tariflich vergüten.

Bei **Planungssicherheit** und **Bürokratieabbau** sind sich die Parteien in vielen Punkten einig. Längere Förderzeiträume, frühzeitige Förderentscheidungen und vereinfachte Zuwendungsverfahren werden in den Antworten mehrfach genannt.

Bei den bestehenden **arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Landesprogramme** unterschieden sich die Positionen der Parteien: Während die CDU deren Wirksamkeit und Erfolg prüfen und wirksame Programme erhalten und weiterentwickeln will, sprechen sich SPD, Grüne und Linke ausdrücklich für den Erhalt und Ausbau bestehender Programme aus.

Auch bei der **tariflichen Bezahlung** gehen die Positionen auseinander: Die Antworten reichen von allgemeinen Aussagen zu fairer Vergütung bis zu konkreten Forderungen nach vollständiger Refinanzierung von Tarifsteigerungen und einer verbindlichen Tarifierung bei geförderten Trägern.

Als AGV 4B und V-ABI fordern wir:

Keine Kürzungen im sozialen Bereich und tarifliche Vergütungssysteme zur Sicherung der Gleichberechtigung. Die künftige Landesregierung muss für eine verlässliche Finanzierung der sozialen Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sorgen.

Die vollständigen Antworten zu den Wahlprüfsteinen befinden sich unter: www.v-abi.de

Zum Arbeitgeber*innenverband Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e.V. (AGV 4B):

Die Berliner Bildungs-, Beschäftigungs- und Beratungsbranche leistet einen zentralen Beitrag für das Funktionieren dieser Stadt und benötigt dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Der AGV 4B bündelt die Interessen der Arbeitgeber*innen und setzt sich gegenüber Politik, Verwaltung und Fördermittelgebern für Qualität, Planungssicherheit und faire Arbeitsbedingungen ein. Im Dialog mit Gewerkschaften arbeiten wir an tariflichen Standards und einer stabilen, zukunftsfähigen Branche.

Kontakt:

vorstand@agv4b.de

Zum Verband für Arbeit, Bildung und Integration Berlin/Brandenburg e. V. (V-ABI):

Der V-ABI ist ein Berufsverband der arbeitsmarktlichen Organisationen, Bildungsunternehmen und Sozialbetriebe in Berlin und Brandenburg. Die Mitglieder des V-ABI stellen breit gefächerte Angebote für arbeitslose Menschen mit dem Ziel bereit, soziale Teilhabe zu ermöglichen und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Sie tragen damit zur Armutsbekämpfung bei.

Kontakt:

Maria Klamet, Leiterin der Geschäftsstelle des V-ABI

maria.klamet@v-abi.de

0162 24 54 658